



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 04. Oktober 2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Staatliche und nichtstaatliche Rettungseinheiten konnten an einem Tag mehr als 6.000 Fliehende vor dem Ertrinken im Mittelmeer retten. Neun Menschen wurden tot geborgen. Die Boote waren in Libyen aufgebrochen.
<https://www.tagesschau.de/ausland/libyen-fluechtlinge-gerettet-101.html> (04.10.16)
- Die USA haben die Friedensgespräche über Syrien abgebrochen, mit Russland sei nicht mehr zu verhandeln. Russland wiederum schiebt den USA die Schuld für die gescheiterten Gespräche zu. Aleppo war in den vergangenen Tagen heftigen Bombardierungen ausgesetzt, im entsprechenden Luftraum sind nur Flugzeuge Russlands und des syrischen Regimes unterwegs. Auch Krankenhäuser wurden bombardiert, Vorwürfe kamen auf, dies geschehe absichtlich. Zudem hat das syrische Regime mit einer Bodenoffensive in der Stadt begonnen. Frankreich will eine Resolution in den Weltsicherheitsrat einbringen, die Luftangriffe verbieten und Hilfslieferungen zulassen soll. Russland erklärte bereits, es werde die Resolution nicht unterstützen, ließ aber offen, ob es tatsächlich dagegen votieren werde.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/krieg-in-syrien-usa-beenden-syrien-gespraechе-mit-russland-1.3189390> (03.10.16)
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/syrien-russland-usa-waffenruhe-bedauern> (04.10.16)
http://www.deutschlandfunk.de/syrien-gespraechе-mit-russland-usa-mit-der-geduld-am-ende.1773.de.html?dram:article_id=367550 (04.10.16)
- Die griechische Regierung plant, Geflüchtete von den Inseln in der Ägäis auf das Festland zu transferieren. Für die griechische Regierung sind Brände und Unruhen auf den Inseln auch die Folge des Unwillens der EU-Mitgliedsstaaten, Geflüchtete zu verteilen.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-09/griechenland-fluechtlinge-inseln-aegaeis-umsiedlung-eu-tuerkei> (28.09.16)
- PRO ASYL und Amnesty International wenden sich gemeinsam gegen die Pläne der Europäischen Union, Verträge mit Ägypten und dem Sudan sowie weiteren afrikanischen Staaten Afrikas abzuschließen. Vorbild für diese Abkommen soll der Deal zwischen EU und Türkei sein. Amnesty International hat Fälle dokumentiert, in denen Fliehende in Ägypten gefoltert, entführt und durch Beamt*innen erschossen worden. Die sudanesishe Regierung wiederum habe in diesem Jahr bereits 30-mal Senfgas gegen die Bevölkerung in Darfur eingesetzt. Wenn solche Abkommen abgeschlossen werden sollten, können Menschen in diese Staaten zurückgeschickt werden, zudem werden die Regierungen dann dafür bezahlt,

ihre Bevölkerung an der Flucht vor selbiger Regierung zu hindern.

Weiterhin forderten die Organisationen ein einheitliches Schutzkonzept für Geflüchtetenunterkünfte in Deutschland und kritisierten, dass die Anerkennungsquoten für Menschen aus Eritrea und Syrien gefallen seien. Dies sei kaum erklärbar - die eritreische Militärdiktatur ist nicht gestürzt, der syrische Bürgerkrieg nicht beendet.

<http://www.dw.com/de/pro-asyl-fl%C3%BChtlingsdeals-unanst%C3%A4ndig/a-35923387>

(29.09.16)

Bericht von *Monitor* über die geplanten Deals: <http://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-neue-fluechtlingsdeals-ausverkauf-von-menschenrechten-100.html> (Video; 29.09.16)

- Währenddessen baut der Präsident Ägyptens, Abd al-Fattah as-Sissi, auf genau solche Abkommen und spricht von fünf Millionen Geflüchteten in seinem Land, das UNHCR zählte für das vergangene Jahr lediglich 250.000 geflüchtete Menschen. Die *Zeit* interpretiert das als Drohung an die EU.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-09/fluechtlinge-aegypten-schlepper-fluechtlingsabkommen-hilfsgelder> (26.09.16)
- Amnesty International erinnert die wohlhabenden Staaten an ihre Verantwortung, Fliehende aufzunehmen. Zehn Länder hätten 56% der Geflüchteten aufgenommen. Diese Länder kommen zusammen aber nur auf 2,5% des gesamten Bruttoinlandsprodukts der Welt. Amnesty betont, dass die Aufnahme der Fliehenden eine durchaus lösbare Aufgabe sei, es in den reichsten Ländern aber an Kooperation und politischem Willen mangle. Unicef veröffentlichte ebenso einen Bericht. Demnach leben fast 385 Millionen Kinder weltweit in extremer Armut.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/bericht-von-amnesty-international-wenige-arme-laender-nehmen-grossteil-der-fluechtlinge-auf/14637682.html> (04.10.16)
- Und noch einmal Amnesty International: nach Human Rights Watch kritisiert nun auch diese Organisation die Zustände an der ungarisch-serbischen Grenze und wirft der ungarischen Regierung vor, Fliehende beim Grenzübertritt zu misshandeln, in den Transferzonen wochenlang einzusperren und im Vorfeld des Referendums über die Aufnahme Geflüchteter bewusst Ängste zu schüren. Die Abstimmung fand dann am vergangenen Sonntag statt. Sie ist ungültig, da das Quorum von 50% nicht erfüllt wurde. Von denjenigen, die gültig abgestimmt haben, stimmten 98% dem Vorschlag der Regierung zu. Ministerpräsident Viktor Orban versucht mit dieser Zahl, sein Scheitern in einen Sieg umzudeuten. Orban will nun die Verfassung ändern lassen sodass Asylsuchende nur noch mit Zustimmung des Parlaments aufgenommen werden können.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-in-europa-amnesty-wirft-ungarn-misshandlung-von-fluechtlingen-vor-1.3180629> (27.09.16)
<http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-dem-referendum-in-ungarn-wie-orban-die-niederlage-in-einen-sieg-umdeuten-will/14635732.html> (03.10.16)

Bund, Land, Kommune

- In Deutschland leben laut Zahlen des Bundesinnenministeriums 300.000 begleitete, minderjährige Geflüchtete. Explizit nicht eingefasst sind unbegleitete, minderjährige Geflüchtete.
<https://www.tagesschau.de/inland/minderjaehrige-fluechtlinge-119.html> (28.09.16)
- Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo, sagt im *tagesspiegel*, dass neben anderen die zuwanderungsfeindliche Politik der AfD der deutschen Exportwirtschaft schaden werde, sollte die Partei im kommenden Jahr in den Bundestag einziehen.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/bdi-praesident-ulrich-grillo-politik-der-afd-ist-gift-fuer-uns-als-exportnation/14631218.html> (01.10.16)

- In Dresden explodierten Sprengsätze vor einer Moschee sowie vorm Kongresszentrum. Innenminister Markus Ulbig fällt auf ein herein, er hatte es im *ZDF-Morgenmagazin* angeführt. Das Schreiben hatte sich bereits zuvor als Fake herausgestellt. Der SFR kritisiert in seiner unter anderem in diesen Artikeln aufgegriffenen [Pressemitteilung](#), dass Ulbig von der rassistischen Radikalisierung in der Öffentlichkeit ablenke – so wie es die sächsischen Landesregierungen über Jahre taten.
<http://www.taz.de/!5340493/> (28.09.16)
<http://www.fr-online.de/politik/sprengstoffanschlag-verwirrung-um-bekennerschreiben-in-dresden,1472596,34809918.html> (28.09.16)
- Obwohl ein in Syrien studierter Arzt mehr theoretische und praktische Inhalte vermittelt bekommen hat als es das deutsche Curriculum vorsieht, muss er nun einen neunmonatigen Kurs belegen, um seine Approbation zu erhalten. Bisher arbeitete er in der Flüchtlingsambulanz Neumünster. Das Landesamt für soziale Dienste von Schleswig-Holstein hatte Nachweise über die gelernten Studieninhalte von der Heimatuniversität des Arztes gefordert. Diese liegt in Aleppo. Dennoch habe der Arzt angefragt, hätte aber vor Aushändigung der Nachweise gegenüber dem syrischen Regime seine Treue beweisen müssen. Die Flüchtlingsambulanz Neumünster sieht sich durch den Wegfall zweier von vier Ärzt*innen extrem eingeschränkt.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-und-arbeit-syrische-aerzte-scheitern-an.1773.de.html?dram:article_id=366928 (27.09.16)
- Die Kolleg*innen eines Geflüchteten aus Afghanistan solidarisieren sich mit ihm und legen ihre Arbeit an gut 30 Baustellen nieder. Die Ausländerbehörde hatte dem Mann die Arbeitserlaubnis entzogen, er hätte nicht an der Beschaffung von Identitätsnachweisen mitgewirkt. Geburtsurkunden stellt Afghanistan allerdings nur noch innerhalb des Landes aus.
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/fluechtling-in-bayern-bauarbeiter-demonstrieren-fuer-kollegen-aus-afghanistan-1.3186204> (30.09.16)

Hintergrund und Meinung

- Mit dem gestrigen nationalen Feiertag verbindet der SFR nicht wirklich viel. Als Anlass für diesen Kommentar von Ambros Waibel in der *taz* hatte er zumindest doch etwas Positives. Die "sächsische Ideologie" verharmlose jeden Naziüberfall mit linken Farbbeutelwürfen, anstatt sozialer Politik forcieren sie Regionalchauvinismus, das Vertrauen jedes*r objektiven Beobachter*in habe sie in der "Sachsensumpf"-Affäre und mit dem NSU-Komplex verloren. "Die ehemalige DDR und insbesondere Sachsen sind faktisch Teil der Visegrád-Gruppe geworden – also eines Bündnisses ostmitteleuropäischer Staaten, die sich im Zeichen eines selbstverständlich imaginären christlichen Abendlandes zur Abwehr von Geflüchteten, Muslimen und Roma zusammengeschlossen haben."
<http://www.taz.de/!5343294/> (03.10.16)
- Ivo Mijnsen wertet in der *NZZ* das ungültige Referendum in Ungarn als Erfolg der Opposition. Linke und Liberale hatten damit geworben, dem Referendum fernzubleiben beziehungsweise die Stimme ungültig zu machen. Die 98% gültigen, dem Vorschlag der Regierung zustimmenden Stimmen seien genau jene 3,2 Millionen, die Orbans Fidesz-beziehungsweise die rechtsradikale Partei Jobbik gewählt hätten. Demokratisch sei das Referendum sowieso nicht gewesen. Ein Referendum setze voraus, dass die Regierung die Meinungsbildung gewährleiste, dies habe die ungarische Regierung mit ihrer Hetzkampagne aber nicht zugelassen. Orbans Kalkül aber, jegliche Kritik aus Europa abzuschmettern indem er auf das Referendum verweise, sei nicht aufgegangen. Die geplante Verfassungsänderung sei zudem nicht ohne die Stimmen von Jobbik möglich, es ist fraglich, ob Orban tatsächlich den Schritt wagt, mit dieser Partei zu kooperieren.

<http://www.nzz.ch/meinung/orban-nach-dem-referendum-in-ungarn-die-fatale-lust-an-der-polarisierung-ld.119982> (03.10.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**